

Schwarzwälder Bote

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG  FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG



Eisbär-Baby bald zu sehen

Auf das sollten sich die Besucher beim jungen Eisbären in Karlsruhe einstellen.
→ **BADEN-WÜRTTEMBERG**



Mercedes muss sparen

Vor allem im Personalbereich will die Firma Kosten senken.
→ **LEITARTIKEL, WIRTSCHAFT**

Ausgabe A2 | 191. Jahrgang | Nummer 53 | E 6229 A

Mittwoch, 5. März 2025 | Einzelpreis 2,60 Euro



Aschermittwoch

Was das Fasten wirklich bringt

Die Fastenzeit beginnt am Aschermittwoch. Doch was bringt der zeitweise Nahrungsverzicht aus medizinischer Sicht wirklich? Ernährungsexperte Stefan Kabisch von der Berliner Charité gibt Antworten.

→ **AUS ALLER WELT, MAX & LISA**

Meinung des Tages

Von Christoph Reisinger



Umsteuern

Der Südwesten muss das Sparen noch lernen.

Ja, doch – irgendwie herrscht Krise. Dieses Gefühl lässt sich sehr klar herauslesen aus dem aktuellen BaWü-Check. 43 Prozent der Befragten haben den Eindruck, Deutschland habe seinen Zenit überschritten, befinde sich also bleibend auf Tal-fahrt. Nur noch 38 Prozent glauben das nicht. Wie weit weg Deutschlands Multikrise von vielen Menschen im Südwesten noch empfunden wird, belegt der Wunsch, die öffentlichen Haushalte sollten gern mit dem Dienst für noch mehr neue Schulden belastet werden. 50 Prozent der Befragten fordern das, nur 36 Prozent sind dagegen. Unbestritten geht es den Baden-Württembergern dabei durchweg um lohnende öffentliche Investitionsziele. Nur, dem steht praktisch kein Sparwillen an anderer Stelle gegenüber. Diese auffällig geringe Bereitschaft zum Verzicht zeugt von einem mangelnden Bewusstsein dafür, dass die Krise ein massives Umsteuern gerade in den öffentlichen Haushalten erfordert. Ebenso eine harte Ausgabendisziplin.

800 Milliarden für Aufrüstung

BRÜSSEL. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) hat einen Plan vorge-schlagen, um die Verteidigungsausgaben in Europa massiv zu erhöhen. Insgesamt könne Europa so nahezu 800 Mil-



Ursula von der Leyen
Foto: AP/dpa/Virginia Mayo

liarden Euro mobilisieren, sagte sie. „Dies ist die Stunde Europas, und wir müssen ihr gerecht werden.“

→ **SEITE 2**

Haftbefehl gegen Fahrer

MANNHEIM. Nach der Todesfahrt von Mannheim ist Haftbefehl wegen zweifachen Mordes und mehrfachen versuchten Mordes gegen den Autofahrer erlassen worden. Das Motiv bleibt weiter unklar.
→ **BADEN-WÜRTTEMBERG**

Service

Anzeigen:
Telefon 0800/780 780 1
Mo.–Fr. 7–17 Uhr, Sa. 7.30–12 Uhr
So. 13–17 Uhr
Abonnement:
Telefon 0800/780 780 2
Mo.–Fr. 7–17 Uhr, Sa. 7.30–12 Uhr
Redaktion:
Telefon 07423/78-0
E-Mail:
service@schwarzwaelder-bote.de
ePaper:
www.schwarzwaelder-bote.de/digital



500 Milliarden für Infrastruktur

Union und SPD einigen sich bei ihrer Sondierung auf ein Sondervermögen und eine Reform der Schuldenbremse. Für die Umsetzung braucht es aber Stimmen von Grünen oder FDP.

■ Von Theresa Münch

BERLIN. Union und SPD wollen Milliardenkredite für Verteidigung und Infrastruktur ermöglichen. Das kündigten die Verhandlungsteams nach drei Sondierungsrunden am Abend in Berlin an. Zum einen solle die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse für bestimmte Verteidigungsausgaben gelockert werden, sagte CDU-Chef Friedrich Merz. Außer-

dem solle ein Sondervermögen für die Instandsetzung der Infrastruktur mit 500 Milliarden Euro geschaffen werden.

Beide Beschlüsse sollen wegen der komplizierten Mehrheitsverhältnisse noch vom alten Bundestag getroffen werden. Allein haben Union und SPD auch dort nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit für eine Grundgesetzänderung. Sie brauchen daher Stimmen von Grünen oder FDP.

„Angesichts der Bedrohungen unserer Freiheit und des Friedens auf unserem Kontinent muss jetzt auch für unsere Verteidigung gelten: whatever it takes“, sagte Merz. Das heißt übersetzt „was auch immer nötig ist“. Deshalb sollten diejenigen Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse ausgenommen werden, die über einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen.

Das sei aber nur zu verkraf-

ten, wenn die Wirtschaft binnen kürzester Zeit wieder auf einen stabilen Wachstumskurs zurückkomme. Dafür müsse die Infrastruktur verbessert werden. „Die notwendigen Mittel dazu können nicht allein aus den laufenden Haushalten des Bundes, der Länder und der Gemeinden finanziert werden“, sagte Merz. Das geplante kreditfinanzierte Sondervermögen solle über zehn Jahre laufen.

Seltener ins Restaurant

BaWü-Check: Menschen stecken auch beim Urlaub zurück.

STUTTGART. Die Dauerkrise prägt das Konsumverhalten der Menschen. Nach dem aktuellen BaWü-Check im Auftrag von baden-württembergischen Tageszeitungen schränken sich 60 Prozent von mehr als 1000 Befragten vor allem bei Restaurantbesuchen ein. Jeder Zweite steckt beim Urlaub zurück.

Auf staatlicher Ebene ist das Sparbewusstsein weniger aus-

geprägt. Hier befürwortet vielmehr eine Mehrheit von 50 Prozent der Befragten eine begrenzte Neuverschuldung auch des Landes, die Ausgaben in bestimmten Bereichen zu erhöhen.

Um die Ausgaben zu reduzieren, wird mehrheitlich befürwortet, Privilegien für Beamte abzuschaffen. *ms*

→ **MEINUNG DES TAGES**
→ **DRITTE SEITE**

Selenskyj für Waffenruhe

Ukrainischer Präsident geht auf Donald Trump zu.

KIEW/WASHINGTON. Vier Tage nach dem Eklat im Weißen Haus geht der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj auf US-Präsident Donald Trump zu und drückt sein Bedauern über den Streit aus.

Präsident Selenskyj besteht zwar weiterhin auf Sicherheitsgarantien, stellte diese aber nicht mehr als eine Voraussetzung für erste Schritte hin zu

einem Friedensvertrag dar. Vielmehr griff er eine Initiative des französischen Präsidenten Emmanuel Macron auf, der einen Teilwaffenstillstand in der Luft und zur See vorschlug. Auf X schrieb Selenskyj von einem eventuellen Waffenstillstand im Himmel und auf See, wenn Russland dasselbe machen würde. *dpa*

→ **HINTERGRUND**

Wetter im Kreis

Börse

M-Dax	Dax	EuroStoxx
↓	↓	↓
28038,73	22326,81	5387,31
Vortag	Vortag	Vortag
28990,98	23147,02	5540,69